



öffentlich

Betreff:

Rahmenkonzeption Bornstedt/Katharinenholz, DS 01/SVV/0826

Erstellungsdatum 05.02.2002

Eingang 02:

Einreicher: CDU-Fraktion

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.03.2002	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die aus der Rahmenkonzeption Bornstedt/Katharinenholz (DS 01/SVV/0826) zu entwickelnde Fortschreibung des B-Plans 34 in enger Absprache mit den Bewohnern des Plangebietes und den an einer baulichen Entwicklung Interessierten zu gestalten. Dabei sind insbesondere Aussagen zu treffen, wie:

- die sinnvolle verkehrliche Anbindung an das öffentliche Straßennetz und
- eine der Umgebung angepasste bauliche Dichte erreicht werden kann.

gez. Eberhard Kapuste
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Bürgerversammlung zur Rahmenkonzeption Bornstedt/Katharinenholz am 22. Januar 2002 hat gezeigt, dass die Bewohner des Gebietes erhebliche Bedenken bezüglich der Verkehrslösungen und der Bebauungsdichte haben.

Um einer weiteren Eskalierung der Auseinandersetzungen zwischen den Bewohnern und der Stadtverwaltung vorzubeugen, ist es notwendig, den Betroffenen zu zeigen, dass eine intensive Zusammenarbeit seitens der Stadt Potsdam gewünscht ist.